

Der Präsidentschaftswahlkampf in Rußland: Demokratische Wahl oder Plebiszit über Vertrauen zu Putin?

Petuchov, Vladimir Vasil'evic

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Petuchov, V. V. (2000). *Der Präsidentschaftswahlkampf in Rußland: Demokratische Wahl oder Plebiszit über Vertrauen zu Putin?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 15/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44996>

Nutzungsbedingungen:

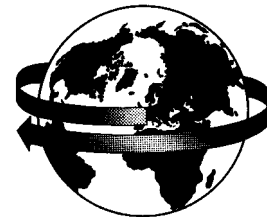
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Wahlen in Rußland 2000/3

Nr. 15/2000

17. Februar 2000

Der Präsidentschaftswahlkampf in Rußland

Demokratische Wahl oder Plebiszit über Vertrauen zu Putin?

Zusammenfassung

Zu Beginn des Wahlkampfes für die vorgezogene Präsidentschaftswahl in Rußland ist eine breite Zustimmung zum amtierenden Präsidenten Wladimir Putin festzustellen. Die Gründe dafür sind vielfältig und in manchem widersprüchlich. Die hohe Zustimmung zu Putin in allen demographischen und beruflichen Gruppen verkörpert vor allem das Verlangen der Gesellschaft nach einer effizienten und handlungsfähigen Staatsmacht. Als sehr wirksam unter dem Aspekt der Wahlstrategie erweist sich der Verzicht Putins, sein "ideologisches Credo" klar darzulegen. Dies ermöglicht es, die verschiedensten Schichten und Gruppen der Bevölkerung mit unterschiedlichen ideologischen und politischen Einstellungen anzusprechen. Die entscheidende Frage, auf die es bislang keine Antwort gibt, lautet jedoch: Wird Putin der Verlockung erliegen, den hohen Grad an öffentlicher Zustimmung als Instrument zur Stärkung seiner persönlichen Macht einzusetzen, oder wird es ihm gelingen, gestützt auf diese Macht, eine Konsolidierung der Gesellschaft im Zeichen der für das Land wesentlichen Ziele zu erreichen? Allerdings werden die bevorstehenden Wahlen nur zum Teil Klarheit darüber bringen, welche Entwicklungsalternative sich in Rußland durchsetzen wird. Denn letzten Endes geht es darum, das gewachsene, von der Gesellschaft praktisch nicht kontrollierte Machtsystem zu modernisieren.

Die Einstellung der russischen Öffentlichkeit zur Amtsführung Putins

Zu Beginn des Wahlkampfes für die vorgezogene Präsidentschaftswahl in Rußland ist ein neuer qualitativer Zustand der öffentlichen Meinung festzustellen, nämlich eine breite Zustimmung zum amtierenden Präsidenten Wladimir Putin. Putin ist heute faktisch der einzige reale Kandidat, weshalb die bevorstehenden Wahlen von vielen Analytikern als "reine Formsache" angesehen werden.

Nach den Umfrageergebnissen praktisch aller soziologischen Dienste zu urteilen, hat Putin bei gegenwärtig 55-60% Zustimmung als Präsidentschaftskandidat – während seine Hauptkonkurrenten Gennadij Sjuganow bei 16-18% und Grigorij Jawlinskij bei 4-6 % liegen – alle Chancen, schon im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählt zu werden. Sollte es aber doch zu einem zweiten Wahlgang kommen, dann wird er hier seine Hauptkonkurrenten klar schlagen: Sjuganow mit 55 zu 20% und Jawlinskij mit 57 zu 13% (laut den Ergebnissen der letzten Umfrage des RUFI von Ende Dezember

1999/Anfang Januar 2000).¹ Der Kandidaturverzicht von Putins potentiell ernsthaftestem Konkurrenten Jewgenij Primakow stärkte nur die Position des amtierenden Präsidenten, da die meisten Anhänger Primakows (40%) für Putin stimmen werden, während 8% ihre Stimme Sjuganow und 6% Jawlinskij geben wollen.

Die Gründe für die so breite öffentliche Zustimmung zum amtierenden Präsidenten sind vielfältig, in manchem widersprüchlich und sogar paradox. Dennoch wäre es falsch zu glauben, daß am 26. März keine Präsidentschaftswahl, sondern ein Plebiszit über das Vertrauen zu Wladimir Putin stattfindet.

Wie schon vielfach bemerkt, verkörpert sich in der hohen Zustimmung zu Putin das Verlangen der Gesellschaft nach einer effizienten und handlungsfähigen Staatsmacht. Die zehn Jahre der Jelzin-Herrschaft haben praktisch allen Schichten der Gesellschaft offengelegt, wie verderblich sich die Lähmung der obersten Staatsmacht auswirkt. In gewissem Sinne ist Putin zum Symbol der Loslösung des Landes von Jelzin und dem Jelzinismus geworden. Dabei spielt der Umstand, daß Putin von Jelzin ernannt worden ist, für die Bevölkerung keine Rolle. Im öffentlichen Bewußtsein dominiert eine andere Vorstellung: "Es war nicht so sehr Jelzin, der Putin ernannt hat, als vielmehr Putin, der Jelzin aus dem Kreml hinauskomplimentiert hat." Das erklärt auch weitgehend, warum einige Schichten und Gruppen, die der "Protestwählerschaft" zuzurechnen sind, zur Staatsmacht umzuschwenken beginnen.

Im einzelnen zeigt die Analyse der Strukturen der Zustimmung zu Putin als Premierminister Rußlands, daß er in ausnahmslos allen demographischen und beruflichen Gruppen ein hohes Maß an Vertrauen besitzt. Relativ schwächer ist seine Position in den Schichten, die "unterhalb der Armutsgrenze" leben und traditionell kommunistische Kandidaten unterstützen. Aber auch in diesen Gruppen überwiegt die positive Einstellung zu Putin die negative (s. Tabelle 1).

Tabelle 1

Einstellung zur Amtsführung Putins in Gruppen mit unterschiedlichem Sozial- und Besitzstandard*

| Einstellung zur Tätigkeit Putins als Regierungschef Rußlands | Befragte insgesamt % | Materieller Versorgungsstandard nach eigener Einschätzung | | |
|--|----------------------|---|--------------------|----------------------------|
| | | Mittlerer Standard | Niedriger Standard | Unterhalb der Armutsgrenze |
| Unbedingt positiv | 22,5 | 25,3 | 22,5 | 21,3 |
| Eher positiv als negativ | 38,6 | 42,7 | 38,5 | 31,7 |
| Eher negativ als positiv | 4,6 | 3,8 | 4,6 | 6,3 |
| Unbedingt negativ | 2,5 | 1,8 | 1,9 | 5,4 |
| Noch keine Meinung | 31,8 | 26,4 | 32,6 | 35,2 |

Dabei ist in der Zeit Putins als Premierminister noch keine durchgreifende Verbesserung der Situation im Lande zu beobachten. Von den Befragten wird eine erhebliche Verschlechterung der internationalen Stellung Rußlands, der Arbeit der Massenmedien und der Situation beim Kampf gegen die Korruption genannt. Auch in der Wirtschaft des Landes insgesamt ist eine Veränderung zum Besseren nicht festzustellen. Nur in zwei (allerdings wesentlichen) Richtungen der Tätigkeit der von

¹ Die Umfrage wurde in 11 territorialen Wirtschaftsgebieten des Landes und in 58 Siedlungen im proportionalen Verhältnis zur Bevölkerung der Großballungsräume, Gebietszentren, Bezirksstädte und Dörfer durchgeführt. Insgesamt wurden 1.800 Personen befragt, die 11 soziale Gruppen der Bevölkerung repräsentierten.

* An 100 Prozent fehlende Anteile entfallen auf "keine Angabe".

Putin geführten Regierung sieht die Bevölkerung im letzten halben Jahr reale Fortschritte: im Verlauf des militärischen Einsatzes in Tschetschenien und in der erheblichen Verbesserung der Lage bei der Zahlung geschuldeter Renten und Löhne. Aber auch das reicht schon aus, um die Zustimmungswerte für Putin steigen zu lassen.

Tabelle 2

Bewertung der Arbeit der Regierung Putin*

| Richtung der Tätigkeit | Schlechter geworden | Gleich geblieben | Besser geworden |
|--|---------------------|------------------|-----------------|
| Ordnung schaffen in Tschetschenien | 6,8 | 16,4 | 52,2 |
| Stand der Sicherheit im Land insgesamt | 12,0 | 40,8 | 18,3 |
| Internationale Stellung Rußlands | 24,7 | 35,5 | 10,8 |
| Bekämpfung der Korruption | 17,8 | 52,1 | 8,2 |
| Zustand der Wirtschaft des Landes | 15,9 | 49,1 | 15,9 |
| Zustand von Kultur und Bildung | 20,6 | 52,2 | 5,5 |
| Zahlung von Löhnen und Renten | 6,6 | 30,2 | 52,2 |
| Arbeit der Massenmedien | 18,6 | 43,5 | 14,5 |

Die angeführten Zahlen lassen sich auf mindestens zweierlei Weise interpretieren: Auf der einen Seite überträgt die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands den "Mythos" Putin nicht auf die Bewertung der realen Arbeit der von ihm geleiteten Regierung, auf der anderen Seite wird verstanden, daß die im Laufe eines Jahrzehnts angehäuften Probleme nicht schnell und ohne faktische Neuerrichtung der russischen Staatlichkeit zu lösen sind. Nicht zufällig hat während des letzten Wahlkampfes praktisch keiner der Spitzenkandidaten der führenden politischen Parteien eine rasche Verbesserung der Situation im Lande versprochen, stattdessen traten sie alle einstimmig unter etatistischen Lösungen auf.

Das Streben nach Konsens

Als sehr wirksam unter dem Aspekt der Wahlstrategie erweist sich der Verzicht Putins (entgegen den Forderungen sowohl seiner Anhänger als auch seiner Gegner), sein "ideologisches Credo" klar darzulegen. Heute sparen Putin und seine Mannschaft weltanschauliche, ausgesprochen ideologische Diskussionen ganz bewußt aus der öffentlichen Praxis aus und konzentrieren den Blick einerseits auf konsensuale Werte, über die in der Gesellschaft ein hohes Maß an Einigkeit besteht (Stärkung der Rolle des Staates sowohl in der Wirtschaft als auch in allen Lebensbereichen; Schaffung von Ordnung

* An 100 Prozent fehlende Anteile entfallen auf "keine Angabe".

im Land; gemäßigt antiwestliche Haltung; Notwendigkeit von Veränderungen der in den neunziger Jahren in Rußland entstandenen politischen und wirtschaftlichen Ordnung; allgemein marktwirtschaftlicher Vektor der wirtschaftlichen Umgestaltungen bei Wiederbelebung der Idee der sozialen Gerechtigkeit) und andererseits auf praktische Alltagsprobleme, die den einen oder anderen Gruppen und Schichten der Gesellschaft am Herzen liegen (Medizin, Bildung, Lebensstandard, Kampf gegen Armut und Kriminalität usw.). Dieses Vorgehen ermöglicht es, die verschiedensten Teile der Bevölkerung mit unterschiedlichen ideologischen und politischen Einstellungen anzusprechen.

Als Erfolg ist im Lichte des Rücktritts von Präsident Jelzin zu bewerten, daß zum einen das in der Gesellschaft angesammelte Potential von Veränderung und Neuerung genutzt wird, daß aber zum anderen nicht ein radikaler Bruch mit dem gewachsenen System, sondern dessen sanfte, nichtkonfrontative Transformation angestrebt wird.

Schließlich kommt es Putin zugute, daß sich in der Gesellschaft eine stabil negative Einstellung zu der in den neunziger Jahren aufgekommenen politischen Klasse insgesamt herausgebildet hat, die ihrerseits weitgehend demoralisiert ist. Heute schwören beispielsweise gleichzeitig der Führer der "Union der rechten Kräfte", Anatolij Tschubais, und die jeweiligen Zweiten auf den Listen der KPRF und "Jabloko", Gennadij Selesnjow und Sergej Stepaschin, ihre Treue zu Putin, und das, obwohl alle drei Parteien ihre eigenen Kandidaten für das Amt des Präsidenten von Rußland haben (Konstantin Titow, Gennadij Sjuganow, Grigorij Jawlinskij). Eine absurdere Situation ist kaum vorstellbar. Faktisch unterstützt wird Putin auch von Jewgenij Primakow, der aus dem Rennen ausgeschieden ist. Und was Wladimir Shirinowskij betrifft, so hat der schon mehrfach bewiesen, wie er vom Kreml gelenkt werden kann.

Allgemein wird im heutigen Rußland der Begriff "Opposition" als solcher immer relativer. Und diese Situation ist sehr gefährlich. Wenn sich die Gesellschaft der Staatsmacht zuwendet (was heute schon zu beobachten ist), dann kann sie ihre Haltung gegenüber der Opposition, und zwar der linken wie der rechten, revidieren. Viele werden in ihr nur noch ein ärgerliches Hindernis sehen, das dem Ziel, das Land aus der Sackgasse zu führen, im Wege steht. Im Unterschied zum Westen, wo der Staat von der Gesellschaft als Garant der Interessen der Person gesehen wird, gilt er in Rußland traditionell als Ausdruck der Idee des "Gemeinwohls". Entsprechend ist auch die Einstellung zur Opposition: Fast 75% bejahen, daß Rußland als demokratisches Entwicklungsland eine politische Opposition braucht, aber zugleich sind etwa ebenso viele davon überzeugt, daß die Hauptaufgabe der Opposition darin besteht, "der Regierung bei ihrer Arbeit zu helfen". Zudem sind 60% der Meinung, daß "harte Forderungen der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte an die Staatsmacht schädlich für das allgemeine Wohl sein können". Daran, wie die Staatsmacht in einer solchen Situation die öffentliche Meinung ausnutzen kann, können wir uns noch alle gut aus unserer jüngeren Geschichte erinnern, und wir können es auch am Beispiel einiger unserer Nachbarn in der GUS beobachten. Hier lautet die entscheidende Frage, auf die es bislang keine Antwort gibt: Wird Putin der Verlockung erliegen, den hohen Grad an öffentlicher Zustimmung als Instrument zur Stärkung seiner persönlichen Macht einzusetzen, oder wird es ihm gelingen, gestützt auf diese Macht, eine Konsolidierung der Gesellschaft im Zeichen der für das Land wesentlichen Ziele zu erreichen?

Ein noch immer unbestimmtes Bild

Neben den genannten Fragen sind auch viele andere noch unbeantwortet, was wiederum zur Folge hat, daß das politische "Portrait" Putins ungeachtet seiner hohen Zustimmungswerte im Massenbewußtsein noch unbestimmt, unausgeformt aussieht. Der "harte Kern" seiner Anhänger, die meinen, daß das Land mit Putin "den willensstarken, entschlußkräftigen, selbständigen Führer, den das heutige Rußland braucht", bekommen habe, macht 25% aus. 30% halten Putin zwar für einen fähigen Politiker mit Zukunft, "verdächtigen" ihn aber gleichwohl einer zu engen Verbindung mit der diskreditierten

Umgebung Jelzins. Die meisten jedoch, 42%, sind bislang überhaupt nicht bereit, etwas Bestimmtes zu Putin zu sagen, ihn mit einem "Plus" oder "Minus" zu bewerten.

Mit anderen Worten: Für einen bedeutenden Teil der Gesellschaft ist nach wie vor unklar, ob Putin "berufen" ist, im Lande die langerwarteten Veränderungen durchzuführen, oder ob er im Gegenteil die bestehende oligarchische Ordnung, die von der überwältigenden Mehrheit der Bürger als ungerecht und sogar als nicht tolerierbar empfunden wird, konserviert. Ob Putin ein "Demokrat" oder ein "Autokrat" ist, das interessiert die Gesellschaft im großen und ganzen nicht. Nur 9% der Befragten fühlen sich von seiner Treue zu demokratischen Werten angezogen, während auf der anderen Seite lediglich 3% befürchten, daß von ihm die Gefahr einer Diktatur ausgeht.

Insgesamt läßt sich das Verhältnis zu Putin heute als verhalten-positiv beschreiben. Das Paradoxe der jetzigen Situation besteht darin, daß Putin bei der bevorstehenden Wahl schon im ersten Wahlgang siegen kann, und das sogar mit einem gewaltigen Vorsprung, daß er aber, wenn er schon in nächster Zeit auf ernsthafte Probleme stößt, die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung verlieren kann - wie schnell viele unserer Mitbürger ihre politischen Präferenzen wechseln, haben wir schon bei den zurückliegenden Parlamentswahlen gesehen. Zu diesen Problemen gehören nicht nur Tschetschenien und die Abkühlung der Beziehungen zum Westen, sondern vor allem die sozial-ökonomische Situation im Lande. Bei der Januarumfrage des VCIOM gaben 40% der Bürger Rußlands an, daß sie ihre Einstellung zu den Präsidentschaftskandidaten ändern können, wenn sich die Lage in Rußland in der Zeit bis zu den Wahlen zum Schlechteren verändern sollte.

Wie aber die Ergebnisse einer Umfrage des RUFİ zeigen, zeichnen sich die Erwartungen der Bürger Rußlands für das Jahr 2000 nicht durch allzu großen Optimismus aus. Nur 15% sind der Meinung, daß das angebrochene Jahr für Rußland erfolgreich oder einfach nur gut wird; 70% meinen dagegen, daß es schwierig oder sehr schlecht werden wird. Etwas positiver schätzen die Bürger Rußlands ihre persönlichen Aussichten ein, aber auch hier überwiegen die Pessimisten (s. Tabelle 3).

Tabelle 3

Was erwarten Sie vom Jahr 2000 für sich und Ihre Familie und für Rußland insgesamt?

| Erwartungen | Für Rußland | Für sich und die Familie |
|-----------------------------------|-------------|--------------------------|
| Das Jahr wird sehr erfolgreich | 2,1 | 9,3 |
| Es wird insgesamt gut | 13,2 | 28,9 |
| Es wird eher schwierig | 59,5 | 41,4 |
| Es wird wohl sehr schlecht werden | 10,0 | 8,1 |
| Weiß nicht | 15,2 | 12,3 |

Schließlich können für Putin seine Beziehungen zur politischen Klasse des heutigen Rußland zu einem ernststen Problem werden. Die Tatsache, daß ihm heute ein bedeutender Teil davon Treue schwört, sollte ihn nicht irreführen. Bei vielen Vertretern der politischen Klasse und der Geschäftselite, die sich im Laufe von zehn Jahren an eine Existenz unter den komfortablen Bedingungen der praktischen Unabsetzbarkeit gewöhnt haben, löst die Situation einer drastischen Verkleinerung des Spielfelds sowie der Zahl der Spieler auf ihm große Furcht aus. Daher ist nicht auszuschließen, daß selbst in einer Situation, in der bei den Präsidentschaftswahlen faktisch keine Alternative besteht, sich Kräfte finden werden, die die Zustimmung zu Putin als Präsident zu mindern suchen, u.a. auch deshalb, weil sie ihre Unentbehrlichkeit beweisen und dem künftigen Präsidenten ihre Bedingungen präsentieren wollen. Das ist schon heute zu beobachten. So ist z.B. die Tonart vieler von den verschiedenen Oligarchengruppen kontrollierten Massenmedien gegenüber Putin merklich kritischer geworden, als dies noch vor wenigen Monaten der Fall war.

Rußland wieder am Scheideweg

Insgesamt ist festzustellen, daß Rußland wieder einmal am Scheideweg steht: Entweder kehrt es zu dem im Grunde "monarchischen" Muster des Machtwechsels zurück, bei dem die Macht nicht gewählt, sondern faktisch vererbt wird (ein für die "östlichen" politischen Systeme charakteristischer Mechanismus), oder der Weg zur Demokratie wird, wenn auch unter hohen Kosten und Widersprüchen, fortgesetzt. Die bevorstehenden Wahlen werden nur zum Teil Klarheit darüber bringen, welche dieser Alternativen sich durchsetzen wird. Denn letzten Endes geht es nicht nur um die Frage, wer schließlich zum Staatsoberhaupt gewählt wird, sondern auch darum, ob es irgendwann gelingt, das gewachsene, von der Gesellschaft praktisch nicht kontrollierte Machtsystem zu modernisieren. Eben diese Frage sollte auf der "Tagesordnung" der bevorstehenden Wahlen den zentralen Platz einnehmen.

Wenn alle Präsidentschaftskandidaten, und vor allem Wladimir Putin, ihre Position zu diesem für Rußland entscheidenden Thema deutlich machen und wenn im Verlauf einer breiten öffentlichen Diskussion alternative Standpunkte zum politischen und wirtschaftlichen Aufbau Rußlands in der Nach-Jelzin-Ära vorgetragen werden, dann besteht eine – wenn auch geringe – Chance, aus der Situation des mechanischen "Abnickens" herauszukommen, auf die unvermeidlich die Enttäuschung wenn nicht aller, so doch vieler folgt.

Vladimir Petuchov

Diese Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Direktor des Zentrums für sozialpolitische Analyse des RUFI, Moskau.

Redaktion: Olga Alexandrova

Übersetzung: Bernd Bentlin